



25. Februar 2026

Adressiert an:

- Herrn Bundespräsident Guy Parmelin, Vorsteher des WBF
- Herrn Bundesrat Albert Rösti, Vorsteher des UVEK
- Frau Staatssekretärin Helene Budliger Artieda, Direktorin des SECO
- Frau Barbara Hayoz, Vorsitzende des Verwaltungsrats der SERV

cc Frau Katrin Schneeberger, Direktorin des BAFU

Offener Brief: SERV und die Schweizer Klimaverpflichtungen

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
 Sehr geehrter Herr Bundesrat,
 Sehr geehrte Frau Staatssekretärin,
 Sehr geehrte Frau Hayoz,

Die letzten drei Jahre waren die heissesten seit Messbeginn, und Klimaforscher*innen warnen davor, dass wir bald mehrere kritische Kipppunkte überschreiten könnten, die irreversible, katastrophale ökologische, menschliche, wirtschaftliche und letztlich auch politische Folgen hätten.¹ Der Klimawandel wird auch immer gravierendere Auswirkungen auf die Menschenrechte der heutigen und erst recht der zukünftigen Generationen haben.

¹ Tim Lenton et al (eds.), The Global Tipping Points Report 2025, University of Exeter 2025

Mit einem Anstieg der Durchschnittstemperaturen um 3,0 °C ist die Schweiz besonders stark vom Klimawandel betroffen.² Auftauender Permafrost und katastrophale Hitzewellen, Bergstürze, Überschwemmungen und Dürren bedrohen die Grundlagen unseres Wohlergehens und die Verwirklichung der Menschenrechte.

Gemäss dem Klima- und Innovationsgesetz muss die Schweizer Regierung bis 2040 Klimaneutralität erreichen und Massnahmen ergreifen, um die Klimaauswirkungen nationaler und internationaler Finanzströme zu reduzieren. Als Unterzeichnerin der Clean Energy Transition Partnership (CETP) in Glasgow hat sich die Schweiz zusammen mit 39 anderen Akteuren zudem verpflichtet, die internationale öffentliche Finanzierung fossiler Brennstoffe bis Ende 2022 zu beenden und stattdessen die Finanzierung sauberer Energien zu priorisieren.

Die Schweizerische Exportrisikoversicherung (SERV) ist ein wichtiges Instrument der Schweizer Exportförderung und Wirtschaftspolitik. Als verselbständigte Einheit der Bundesverwaltung muss sie die Schweizer Gesetze, Richtlinien und internationalen Verpflichtungen einhalten.

Im Bereich der Klimapolitik ist dies leider nicht der Fall. SERV verstösst gegen die Schweizer Verpflichtung im Rahmen der CETP und positioniert sich als eine der wichtigsten Quellen öffentlicher Finanzierung für neue Gasprojekte. Seit 2023 hat die SERV nicht weniger als zehn Gaskraftwerke vorläufig oder endgültig unterstützt, darunter auch Projekte in extrem repressiven Ländern wie Saudi-Arabien und Turkmenistan, die ein enormes Potenzial für den Ausbau erneuerbarer Energien aufweisen. Diese Kraftwerke werden schätzungsweise 20 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente pro Jahr ausstossen – etwa die Hälfte der gesamten nationalen Emissionen der Schweiz.³

Durch die Unterstützung des Ausbaus der Gasverbrennung verschärft SERV die Klimakrise und untergräbt die Fortschritte anderer Unterzeichnerstaaten der CETP. Dies schadet der Glaubwürdigkeit der Schweizer Aussen-, Umwelt- und Klimapolitik und verzögert den notwendigen Übergang der Schweizer Wirtschaft ins Zeitalter der erneuerbaren Energien.

Die Schweiz darf nicht länger zur kleinen Gruppe von Ländern gehören, die die internationale Klimapolitik sabotieren. Die unterzeichnenden Organisationen fordern den Bundesrat, das SECO und den Verwaltungsrat der SERV auf, folgende Schritte zu unternehmen:

² Siehe MeteoSchweiz, <https://www.meteoschweiz.admin.ch/klima/klimawandel.html> (gesehen am 11. Februar 2026)

³ Siehe Peter Bosshard, Saudi Arabia: Swiss climate wreckers strike again, Swiss Climate Rambles, 1. Dezember 2025

25. Februar 2026

1. Gemäss der Verpflichtung der Schweiz im Rahmen der CETP muss SERV unverzüglich alle Förderungen für Projekte im Bereich fossiler Brennstoffe, einschliesslich Gaskraftwerke, einstellen und stattdessen die Förderung von Projekten im Bereich erneuerbarer Energien ausweiten.

2. Als verselbständigte Einheit des Bundes muss die SERV eine Vorbildfunktion einnehmen und gemäss dem Klima- und Innovationsgesetz bis 2040 für alle Emissionen, einschliesslich so weit wie möglich der vor- und nachgelagerten Emissionen, das Netto-Null-Ziel erreichen. Bis Ende des Jahres muss die SERV eine glaubwürdige Strategie zur Erfüllung dieser Verpflichtung vorlegen.

3. Gemäss dem Schweizer Öffentlichkeitsgesetz muss die SERV der Öffentlichkeit Zugang zu allen relevanten Informationen gewähren. Dies umfasst die zeitnahe Veröffentlichung aller Projektentscheidungen sowie den vollständigen öffentlichen Zugang zu den von der SERV erstellten Klimabewertungen.

4. Der Verwaltungsrat der SERV muss umstrukturiert oder erweitert werden, um die Kohärenz ihrer Tätigkeit mit den Grundsätzen der schweizerischen Aussen-, Umwelt- und Klimapolitik besser zu gewährleisten. Der Verwaltungsrat sollte um zwei Mitglieder mit einem institutionellen Hintergrund und Expertise in der Aussen-, Umwelt- und Klimapolitik ergänzt werden.

Vielen Dank für Ihre Prüfung dieser Anliegen. Wir sind gerne bereit, sie in einem Treffen mit Ihnen zu diskutieren und freuen uns auf Ihren Bescheid.

Mit freundlichen Grüssen

Laura von Niederhäusern, **act now!**

Andreas Missbach, **AllianceSud**

Danièle Gosteli-Hauser, **Amnesty International, Schweizer Sektion**

Avocat.e.s pour le Climat

Nora Scheel, **Campax**

Camille Delgrange, **Collectif BreakFree Suisse**

Bruno Mottini, **EcoVisuel**

Fastenaktion

Michelle Lüchinger, **Förderverein Oikokredit deutsche Schweiz**

Georg Klingler, **Greenpeace Schweiz**

Raphael Noser, **GRÜNE Schweiz**

HEKS - Hilfswerk der Evangelisch-reformierten Kirche Schweiz

Yvan Maillard-Ardenti, **Klima-Allianz**

nationaler Vorstand, **Klima-Grosseltern CH**

Rosmarie Wydler-Wälti, **KlimaSeniorinnen Schweiz**

Urs Leugger-Eggimann, **Pro Natura**

Manuel Abebe, **Public Eye**

Marcel Hänggi, **Schweizerische Energiestiftung**

Leïla Réau, **Swiss Youth for Climate**

Sonja Tschirren, **Swissaid**

Christoph Riess & Corina Keller, **Scientist Rebellion Switzerland**

Oliver Daepf, **Verein Klimaschutz Schweiz**

Thomas Vellacott, **WWF Schweiz**